

Europäische Dimensionen in der politischen Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus

Von Frauke Büttner

In Deutschland gibt es mittlerweile eine Vielzahl von Ansätzen und Angeboten in der politischen Bildung gegen Rechtsextremismus (vgl. u.a. Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg 2014). Beim IDA-Workshop „Entgrenzt: transeuropäische Perspektiven auf die extreme Rechte“ im September 2015 wurde u. a. die Frage diskutiert, inwieweit diese Bildungsarbeit internationale Dimensionen des Rechtsextremismus sowie Ansätze aus anderen Ländern einbezieht. Im Fokus standen nicht die (sozial-)wissenschaftlichen Diskurse, sondern die Praxis.

Als Basis für die Diskussion wurde die Entwicklung der politischen Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus schlaglichtartig skizziert und anschließend erörtert, an welchen Punkten ein europäischer bzw. internationaler Blick wichtig wäre und welche Erfahrungen es bereits gibt. Dieser Beitrag fasst einige der im Workshop diskutierten Aspekte zusammen.

Zum Verständnis der politischen Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus

Diese kann in zwei Kernbereiche unterteilt werden: Zum einen in Ansätze, die explizit auf das spezifische Phänomen „Rechtsextremismus“ ausgerichtet sind. Dabei geht es auf der Einstellungsebene um ideologische Facetten extrem rechter Ideologie und auf der Verhaltensebene um extrem rechte Strukturen, Wahlverhalten und andere Aspekte (vgl. Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus 2014, S. 2). Zum anderen gibt es Ansätze, die thematisch breiter angelegt sind und dabei auch gegen Rechtsextremismus wirken wollen. Hierzu gehören beispielsweise Konzepte aus der Demokratie- und Menschenrechtspädagogik.

Kritisch-emanzipatorische politische Bildungsarbeit geht über die reine Wissensvermittlung hinaus und macht im Sinne einer kritischen Gesellschaftstheorie (vgl. Lösch/Thimmel 2010, S. 8) gesellschaftliche und politische Kontroversen sowie privilegierte und benachteiligte Positionen von Menschen zum Thema. Sie ist handlungsorientiert und hat u. a. das Ziel, herrschende Machtverhältnisse kritisch zu analysieren und Wege zu öffnen, um „Gesellschaft individuell und kollektiv handelnd zu verändern“ (Frankfurter Erklärung 2015). Handlungsorientierung ist unverzichtbar für die politische Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus, da sie auf die Veränderung individueller Einstellungen, gesellschaftspolitischer Diskurse und Strukturen zielt.

Schlaglichter auf die Entwicklung der politischen Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus in Deutschland

In den 1990er Jahren entstanden vor dem Hintergrund des Erstarkens von Neonazismus und Alltagsrassismus neue, explizite Ansätze zur politischen (Bildungs-)Arbeit gegen die extreme Rechte. Es gab in Deutschland bereits Konzepte aus der antirassistischen und interkulturellen Bildung sowie der Gedenkstättenpädagogik, in die zum Teil auch Ansätze aus anderen Ländern eingeflossen waren. Speziell zur Frage des Umgangs mit extrem rechten Einflüssen und Bedrohungen gab es im Bildungsbereich bis dato jedoch keine expliziten Herangehensweisen. Einige politische Bildner_innen rund um das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (apabiz) orientierten sich daher an Konzepten aus England und den USA, Beispielsweise hatten in einigen US-Amerikanischen Stadtteilen Aktivist_innen Strategien gegen die Dominanz extrem rechter Gruppen entwickelt. (vgl. Center for Democratic Renewal 1992). Die Adaption an die Situation in Deutschland beinhaltete u. a., in von Neonazis dominierte Zonen hineinzugehen und über Hintergründe und Verbreitung extrem rechter Erscheinungsformen aufzuklären. Diese Ansätze zielten in erster Linie darauf, (alternative) Jugendliche und emanzipatorische Erwachsene in ihren Positionen zu stärken. Parallel dazu wurde im Bereich der Sozialen Arbeit Anfang der 1990er Jahre der pädagogische Ansatz der „Akzeptierenden Jugendarbeit“ auf die Arbeit mit extrem rechts orientierten Jugendlichen ausgeweitet (vgl. Krafeld et al. 1993) und teilweise eng mit der Ausstiegsarbeit verknüpft. Die Debatten um die unterschiedlichen Ansätze in der Sozialen Arbeit hatten erheblichen Einfluss auf die Ausrichtung der politischen Bildungsarbeit, da mit ihnen stets die Frage nach den Zielgruppen und der gesellschaftspolitischen (Aus-)Wirkung verknüpft waren.

Im Verlauf der 1990er Jahre wurden Ansätze aus interkultureller und antirassistischer Bildung, Anti-Diskriminierungsarbeit und Migrationspädagogik stärker miteinander verknüpft. Zur Jahrtausendwende hielten dann vermehrt demokratie- und menschenrechtsorientierte Konzepte Eingang in die politische Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus. Dazu gehörten auch außerhalb Europas entstandene Konzepte wie beispielsweise das in Israel entwickelte Programm zur Demokratieerziehung „Betzavta“ oder das in den USA entstandene Social Justice-Training (vgl. Maroshek-Klarmann 2001; Czollek et al. 2012, S. 4). Ab 2002 etablierten und professionalisierten sich in Deutschland Beratungs- und Vernetzungsstrukturen zum Umgang mit Rechtsextremismus und zur Unterstützung von Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt. Die Bearbeitung des Themenfelds wurde zu einem festen Bestandteil der Bildungslandschaft, in die im Verlauf der Jahre auch ein dezidiert geschlechterreflektierender Blick eingebracht wurde (vgl. Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e. V. 2014, S. 18f). Sozialwissenschaftliche Studien dokumentierten Anschlussfähigkeit und Verbreitung extrem rechter Einstellungen in die so genannte „Mitte der

Gesellschaft“ und bestätigten Korrelationen mit Demokratieverdrossenheit und Bildungsstand (Decker et al. 2014 sowie Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung o.J.).

Als Trend ist zu beobachten, dass immer stärker auf eine breit angelegte Demokratiestärkung gesetzt wird. Gleichzeitig verschiebt sich die in den 2000er Jahren entwickelte starke Ausrichtung auf zivilgesellschaftliche Gruppen und emanzipatorische Kräfte wieder mehr in eine Intensivierung der Arbeit mit extrem rechts orientierten Jugendlichen. Festzustellen ist, dass vor dem Hintergrund des „Extremismus-Ansatzes“ und der Etablierung damit verbundener „Deradikalisierungskonzepte“ Rechtsextremismus als spezifisches Phänomen teilweise aus dem Blick zu geraten droht. Das in den USA als Reaktion auf die Anschläge des 11. September entwickelte Konzept der „Deradikalisierung“, das durch skandinavische und deutsche Initiativen wie EXIT in der Ausstiegsarbeit mit „Rechtsextremismus“ verknüpft wurde, hält auch in Deutschland immer stärkeren Einzug in die Bildungsarbeit. Die damit einhergehende Defizitorientierung birgt die Gefahr, dass Zielgruppen wie nicht-rechte, menschenrechtsorientierte und migrantische Jugendliche aus dem Blick geraten (Feustel 2014, S. 77).

Das Spektrum der Akteure ist breit. Neben unabhängigen Bildungsanbieter_innen, gewerkschaftlichen Bildungswerken, Seminarangeboten der Landes- und Bundeszentralen für politische Bildung traten auch einzelne Verfassungsschutzbehörden als bildungspolitische Akteure auf den Plan. Eine Entwicklung, die von einigen politischen Bildner_innen kritisiert wird, da ihrer Auffassung nach die Rolle des Inlandsgeheimdienstes nicht mit der notwendigen gesellschafts- und ideologiekritische Perspektive vereinbar ist (<http://bildenohnegeheimdienst.blogspot.de>).

Der grenzüberschreitende Blick auf die politische Bildungsarbeit

Außerhalb Deutschlands steht meist weniger die spezifische Bearbeitung des Phänomens „extreme Rechte“ im Mittelpunkt als vielmehr die Auseinandersetzung mit Rassismus und Hate Crime. Viele damit befasste politische Bildner_innen stehen über das europäische Netzwerk „United for Intercultural Action“ miteinander im Austausch. Eine länderübergreifende Diskussion und gemeinsame (Weiter-)entwicklung pädagogischer Konzepte explizit zum Thema Rechtsextremismus ist jedoch nur punktuell vorhanden. Größere internationale Projekte gibt es dazu nicht. Im Themenfeld der Holocaust-Forschung und Erziehung nach Auschwitz gründete sich im Jahr 1998 als länderübergreifendes Projekt die „Task Force for International Cooperation on Holocaust-Education, Remembrance and Research“ (ITF). Mit dem Projekt „International Network against Cyberhate“ (INACH) gibt es mittlerweile eine Anlaufstelle für die Arbeit gegen Hasspropaganda im World Wide Web, die jedoch – ähnlich wie die meisten Projekte gegen Hate Crime – gegen verschiedene Formen von Diskriminierung gerichtet ist.

Ein konkretes Beispiel für eine grenzüberschreitende Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist das Projekt Tandem e.V. des Koordinierungszentrums Deutsch-Tschechischer Jugendaustausch, das die bilaterale Vernetzung voranbringen wollten. In zwei Seminaren mit Multiplikator_innen wurde 2010 die Situation analysiert und erprobte Arbeitsansätze gegen Rechtsextremismus und Rassismus diskutiert (vgl. Höhne/Niklas 2012, S. 239). Herausgearbeitet wurde u.a., dass es in den gesellschaftlichen Debatten um Rassismus und Antiziganismus Parallelen gab, Ansätze entsprechend vergleichbar sind und sich zum Teil auch internationalisiert haben. Erhebliche Unterschiede wurden in Bezug auf die historisch-politische Bildung und die Erinnerungsarbeit festgestellt und angeregt, zu reflektieren, „welche Formen grenzüberschreitender Erinnerung sich als sinnvolle Maßnahmen gegen aktuelle rechtsextreme Diskurse erweisen“ (ebda., S. 241).

Insgesamt gesehen sind im Bereich der expliziten Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus grenzüberschreitende Konzepte eher die Ausnahme. Eine Internationalisierung von Konzepten ist stärker im Bereich der Demokratie- und Menschenrechtspädagogik sowie der Auseinandersetzung mit Rassismus zu finden.

Handlungsfelder und Bedarfe

Eine weitergehende Vernetzung wäre wichtig, denn extrem rechte Erscheinungsformen gehen über Ländergrenzen hinaus. Ein europäischer und internationaler Blick ermöglicht ein frühzeitiges Erkennen von Trends und Dynamiken. Der grenzüberschreitende Austausch über effektive Bildungsansätze ist auch angesichts der Wahlerfolge (extrem) rechter Parteien in verschiedenen europäischen Ländern und deren z. T. ähnlichen Propagandaformen und -Inhalten sinnvoll.

Die politische Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus benötigt eine kritische Reflexion des Europa-Begriffs. In gesellschaftlichen Diskursen immer wieder auftauchende Bezugnahmen auf eine so genannte „europäische Identität“ oder eine „abendländische Kultur“ kann schnell zu Ein- und Ausgrenzung im Sinne einer rassistischen Dichotomisierung führen. Extrem rechten Konzeptionen von Rassismus wie „Ethnopluralismus“ und „White-Power“ sowie daraus abgeleiteten Europa-Konzepten kann aus einer internationalistischer Perspektive heraus überzeugend entgegengewirkt werden. Unabdingbarer Bestandteil ist die Rassismuskritik.

Im Workshop wurde angeregt, die grenzüberschreitende Vernetzung innerhalb der kritisch-emanzipatorischen Bildung stärker voranzubringen und die Auseinandersetzung um einen gesellschafts- und herrschaftskritischen Bildungsbegriff zu befördern. Wichtig sei dabei die Reflexion darüber, ob die Bildner_innen jeweils ähnliche Analysen haben und wer durch welche Brille guckt. Die politische Interpretation von Begrifflichkeiten, die auf spezifische historische und

gesellschaftliche Kontexte zurückzuführen sind, wurde als Herausforderung bestätigt. Eine Anregung in Bezug auf die historisch-politische Bildung war, Geschichte möglichst komplex zu erzählen und verschiedene Perspektiven hereinzuholen, um den Bezug zu den Lernenden mit ihren vielfältigen Hintergründen herzustellen. Den Erfahrungen der Teilnehmer_innen zufolge sind häufigste Ansätze in der grenzüberschreitenden Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus internationale Jugendbegegnungen. Einige warnten in diesem Zusammenhang vor einer „Re-Nationalisierung“ und Kulturalisierung dieser Begegnungen. Abschließend wurde angeregt, die internationale Solidarität als Aspekt in den verschiedenen Themenfeldern mitzudenken.

Frauke Büttner ist Mitglied im Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus und politische Bildnerin bei Gegenargument. Weitere Informationen unter:
www.frauke-buettner.de

Literatur:

Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e. V. (Hg.) (2014): Kritische Bildung gegen Rechts – ein Überblick über Literatur, Materialien und Links. Hamburg.

Aufruf „Bildungsarbeit ohne Geheimdienst“: <http://bildenohnegeheimdienst.blogspot.de>, eingesehen am 14.12.2015.

Center for Democratic Renewal (1992): When Hate Groups Come to Town: A Handbook of Effective Community Responses. Atlanta.

Czollek, Leah Carola/Weinbach, Heike/Perko, Gudrun: Lernen in der Begegnung. Theorie und Praxis von Social Justice Trainings. In: Bundschuh, Stephan/Jagusch, Birgit (Hg.) (2012): Antirassismus und Social Justice. Materialien für Trainings mit Jugendlichen. IDA e. V., Düsseldorf, S. 4-21

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2014): Die stabilisierte Mitte – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Universität Leipzig.

Feustel, Susanne: Von der „Glatzenpflege auf Staatskosten“ zur Deradikalisierung als Konzept? In: Kulturbüro Sachsen e.V. (Hg.) (2014): Politische Jugendarbeit. Vom Kopf auf die Füße. Dresden, S. 67-79

Frankfurter Erklärung Für eine kritisch-emanzipatorische Bildung (2015).

www.sozarb.h-da.de/politische-jugendbildung/frankfurter-erklaerung/

eingesehen am 16.09.2015

Höhne, Thomas/Niklas, Juliane (2012): Rechtsextremismus in Tschechien und grenzüberschreitende Zusammenarbeit extrem rechter Gruppierungen aus Deutschland und Tschechien. In: Bundschuh, Stephan/Drücker, Ansgar/Scholle, Thilo (Hg.): Wegweiser – Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus. Schwalbach/Ts, S. 233-240

Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung: Das Projekt Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland. Eine 10-Jährige Langzeituntersuchung mit einer jährlichen Bevölkerungsumfrage zur Abwertung und Ausgrenzung von schwachen Gruppen. o. J.

[www.uni-](http://www.uni-bielefeld.de/ikg/projekte/GMF/Gruppenbezogene_Menschenfeindlichkeit_Zusammenfassung.pdf)

[bielefeld.de/ikg/projekte/GMF/Gruppenbezogene_Menschenfeindlichkeit_Zusammenfassung.pdf](http://www.uni-bielefeld.de/ikg/projekte/GMF/Gruppenbezogene_Menschenfeindlichkeit_Zusammenfassung.pdf),

eingesehen am 16.09.2015

Krafeld, Franz-Josef/Möller, Kurt/Müller, Andrea (1993): Jugendarbeit in rechten Szenen. Ansätze – Erfahrungen – Perspektiven. Bremen.

Lösch, Bettina/Thimmel, Andreas (Hg.) (2010): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch. Schwalbach/Ts.

Maroshek-Klarmann, Uki (1997): Miteinander – Erfahrungen mit Betzavta. Praxishandbuch für die politische Bildung. Gütersloh.